



SPD

AG

60^{plus}

**IMPULS
AKTIONSLEITFADEN
GEMEINSAM SIND WIR STARK**

www.spd.de

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

denkt bitte daran, uns den Rückmeldebogen, wann, wo, welche Aktion laufen wird, so schnell als möglich zukommen zu lassen und genauso wichtig: Schickt uns bitte nach der Aktion Bilder (solche, die ihr selbst gemacht habt und auch Pressefotos), Presseartikel aber auch Einladungen, damit wir eine richtig umfangreiche Dokumentation mit unseren Aktivitäten zusammen stellen können!!!

Wir müssen uns als Arbeitsgemeinschaft nicht verstecken, sondern ganz im Gegenteil: Es ist unerlässlich, zeigen zu können, wie aktiv die Älteren in unserer Partei sind!
Für Euer Engagement bedanken wir uns schon heute!

Hier nochmals unsere Adresse:

SPD-Parteivorstand
Referat Arbeitsgemeinschaften,
Themenforen & Sportpolitik
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

INHALT:

VORWORT Angelika Graf Bundesvorsitzende der AG SPD 60 plus	04
STATEMENTS des Bundesvorstandes der AG SPD 60 plus	06
BESCHLUSS DES PARTEIVORSTANDES Die SPD-Rentenpolitik: Arbeit muss sich lohnen!	12
GESUNDHEITSPOLITIK Mehrheit will Bürgerversicherung	18
FLUGBLATT „Gerecht macht stark“	20
FLUGBLATT „Wohnen muss bezahlbar bleiben“	21
AKTIONSVORSCHLÄGE	22
ÜBERSICHT über die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der AG SPD 60 plus im Bundesvorstand, den Landesverbänden und Bezirken	30
MUSTERPRESSEMITTEILUNGEN für vor und nach der Aktion	32
RÜCKMELDEBOGEN	33
MATERIALIEN der AG SPD 60 plus	



SOLIDARITÄT – WOFÜR STEHT DIESES WORT?

LIEBE GENOSSIN, LIEBER GENOSSE,

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine solidarische Gesellschaft. Wir wollen, dass Alt und Jung sich gegenseitig unterstützen – für eine faire, gerechtere und eine bessere Welt! Der Spruch „Wenn sich jeder um sich selbst kümmert, ist auch für alle gesorgt“ ist nicht unser Motto. Wir brauchen die Solidarität zwischen den Menschen und die Mitverantwortung gegenüber den Schwächeren und weniger gut Gestellten in unserer Gesellschaft.

Weil die schwarz-gelbe Bundesregierung zum Beispiel mit der Einführung einkommensunabhängiger Zusatzbeiträge („Kleine Kopfpauschale“) oder der Privatisierung der Pflege („Pflege-Bahr“) neoliberale Klientelpolitik macht und damit die Gräben zwischen Arm und Reich vertieft, wollen wir mit unserem Aktionstag 2013 gegensteuern.

Wir haben den Aktionstag der AG SPD 60 plus 2013 unter das Motto gestellt: „Gemeinsam sind wir stark“. Er soll wieder am 28. April 2013 stattfinden – dem europäischen Tag der Generationensolidarität. Der Tag passt also sehr genau zum diesjährigen Motto!


Leiharbeit, Minijobs und das Unterlaufen von Tarifverträgen sorgen für immer mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die unsere sozialen Sicherungssysteme aushöhlen. Altersarmut ist schon jetzt Realität. Die Gefahr der Altersarmut bedroht die ältere Generation in kommenden Jahrzehnten durch die prekäre, unterbrochene und ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse aber immer stärker.

Wir wollen daher endlich die Bürgerversicherung und eine Rückkehr zur Parität in der Krankenversicherung, die Begrenzung der Leiharbeit, stabile Renten und einen gesetzlichen Mindestlohn. Die Förderung privater kapitalmarktfinanzierter Finanzprodukte und die weitere Absenkung des Rentenniveaus sind Gift für eine solidarische und gerechte Gesellschaft. Zumal der demografische Wandel mehr, statt weniger Solidarität notwendig macht. Gerade die ältere Generation muss für diese Werte streiten und kämpfen. Damit die soziale Marktwirtschaft ihren Namen auch gerecht wird, brauchen wir vor allem solide Sozialversicherungen.

Die AG SPD 60 plus hat sich im Vorfeld des SPD-Konvents im November 2012 in diesem Sinne tatkräftig eingebracht – im Schulterschluss mit den Jusos, der AfA und der ASF. Auch diese solidarische Zusammenarbeit wollen wir fortsetzen!

Dieser Aktionsleitfaden hat vor diesem Hintergrund mögliche kreative Aktionen und Veranstaltungen anschaulich aufbereitet. Lasst uns alte und neue Sympathisantinnen und Sympathisanten für unsere Partei gewinnen und begeistern für unsere gemeinsame – solidarische – Idee!

Viel Spaß bei den Aktionen wünscht Euch Eure



Angelika Graf

Bundvorsitzende der SPD AG 60 plus

EUROPÄISCHER TAG DER GENERATIONEN-SOLIDARITÄT

Am 28. April 2013 findet zum 5. Mal der Europäische Tag der Solidarität zwischen den Generationen statt. Dabei soll sowohl die europäische Öffentlichkeit als auch die Politik für das Thema Solidarität zwischen den Generationen sensibilisiert werden.

Wir als Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus wollen den Zeitraum um den 28. April 2013 nutzen, um auf die Straße zu gehen und mit pfiffigen Aktionen zu werben.

ZEITRAUM DES AKTIONSTAGES:

Um den europäischen Tag der Generationensolidarität, 28. April 2013

STATEMENTS DES BUNDES- VORSTANDES DER AG SPD 60 PLUS:



RUTH BRAND
stellvertr. Vorsitzende:

Geb. 1928 in Dessau/Anhalt.
Schulbesuch u. a. in Stettin, Schwedt/Oder,
Berlin, Aurich/Ostfriesland.

Mit dem Motto „GEMEINSAM SIND WIR STARK“ haben wir bewusst an eine Tradition angeknüpft, die zu den Grundlagen der historischen Arbeiterbewegung gehört. Und es gibt Anlass dazu: Noch nie war die Spaltung in der Gesellschaft so tief wie heute, nur dass sie nicht so sichtbar ist wie vor 150 Jahren.

Es gibt keine offensichtliche Verelendung ganzer Bevölkerungsschichten, die Armut versteckt sich, und die Sicherung eines notdürftigen Existenzminimums überdeckt die wachsende Ungleichheit. Daraus ergeben sich grundlegende Fragen, wie wir den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft zukünftig gestalten wollen. Damit ist es aber ähnlich wie mit der Gesundheit – erst ihre Beeinträchtigung macht ihren Wert bewusst.

Unsere gemeinsame Stärke liegt in der Übernahme von Verantwortung durch jeden Einzelnen, ob nun als Steuerzahler oder als jemand, der sich um seine Nachbarn kümmert, wenn sie Hilfe brauchen.



PETER SCHÖBEL
stellvertr. Bundes-
vorsitzender:

Geboren am 10. Juni 1941 in Braunschweig, verheiratet, zwei Kinder, nach Schule und Lehre zum Kraftfahrzeug-Mechaniker, Studium BWL und Maschinenbau.

GEMEINSAM SIND WIR STARK – EINE UTOPIE WIRD WIRKLICHKEIT.

Wenn man in einer freien Gesellschaft leben will, dann lebt man in einer Gesellschaft, die die Bürger selber gestalten.
(Dahrendorf, Ralf)

Diese Vision zu erfüllen bedarf großer Anstrengungen und gemeinsames politisches Handeln. Sowohl auf lokaler als auch auf Länder- und Bundesebene. Die AG 60plus ist dazu bereit.

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: immer mehr Menschen verarmen. Die traditionelle Wohlfahrtspflege ist am Ende. Manche prognostizieren bereits einen Pflegenotstand. Es fehlt in erschreckendem Maß an bezahlbarem sowie barrierefreien Wohnraum.

Dieser Teilausschnitt zeigt auf, in welcher sozialen Wirklichkeit wir leben und wo wir ansetzen müssen.



LOTHAR BINDING
MdB, Beisitzer
www.Lothar-Binding.de

Beruf: Starkstromelektriker / Mathematiker
Geburtsdatum: 1. April 1950
Verheiratet mit Angelika, geb. Wagner, Mathematikerin;
zwei Kinder: Jonas (1982) und Markus (1984)

Es gibt Formulierungen, die sich allmählich in unsere Sprache einschleichen. Unmerklich, fast wie von selbst - und plötzlich hört man sich Sätze sagen, die man früher nicht gesagt hätte: „Zu meiner Zeit.“

Die Welt ist ungerecht: Jüngeren Menschen fehlt es an Erfahrung, Ältere verfügen über Einsichten, Erzählungen und Erinnerungen im Übermaß. „Zu meiner Zeit.“ bedeutet: „Als ich in Deinem Alter war, das ich in meiner Erinnerung festhalte, hätte ich Dir mit meiner heutigen Erfahrung empfohlen.“

Unsere Vorstellungen einer sozial gerechteren Gesellschaft sehen heute anders aus als vor 150 Jahren - wäre es nicht so, wären die Erfahrungen der Alten vielleicht nie weitergetragen, ihre Ratschläge auf Augenhöhe vielleicht nie von den Jungen beherzigt worden. So ist „Zu meiner Zeit.“ stets das Hier und Jetzt und bildet die Brücke zwischen den Generationen. Zu jeder Zeit.



NORWIN DORN
Beisitzer:

Alter: Jahrgang 1936
Berufe: Chemiefacharbeiter
Diplom Chemiker
Patentingenieur

„ALTWERDEN IST NICHTS FÜR FEIGLINGE!“

Grund genug, diesem Lebensalter Sinn zu geben. Der „Aktionstag“ der AG 60plus im Rahmen des „Tages der älteren Generation“ ist für mich Anlass genug, andere auf dem Weg zur Sichtbarmachung der Anliegen und der Erfahrungen von uns Älteren mitzunehmen.



HEIDEMARIE FISCHER
Beisitzerin:

Geboren 1944 in Berlin;
Sozialversicherungsfachangestellte.

GEMEINSAM SIND WIR STARK !

Nur eine solidarische Gesellschaft wird die Probleme des „Demographischen Wandels“ künftig lösen können. Deshalb engagiere ich mich seit Jahrzehnten ehrenamtlich in vielen Bereichen der Gesellschaft. Besonders in der AWO.

Politik, soziale Verbände, Gewerkschaften, Sportvereine, usw. und auch staatliche Organisationen müssen Netzwerke bilden.

Ich will mit der AG 60plus weiter an diesen Netzen „weben“, um eine starke Gemeinschaft zu erreichen.



REINHOLD HEMKER
Beisitzer:

„Wir gehen noch nicht unter. Wir geben niemals auf. Es geht zwar manchmal runter. Doch dann geht's auch wieder rauf.“

Das ist der erste Vers eines Liedes, das wir – die UHUS (unter Hundertjährige) – bei fast allen Veranstaltungen in Begegnungsstätten z.B. der AWO, an Infoständen etc. singen. Das Lied zeigt die Bereitschaft der Ü-60ziger, die sich noch fit genug fühlen, sich optimistisch und engagiert politisch einzubringen.

WIR HANDELN NACH DEM MOTTO EINES ALTEN LIEDES: VORWÄRTS – UND NICHT VERGESSEN!

Das bedeutet: Wir Alten sind zukunftsfähig. Wir bringen uns ein für die vielfältigen Aufgaben unserer Gesellschaft. Wir kümmern uns um diejenigen, die besondere Zuwendung brauchen – nicht nur alte Menschen!



GESCHE PETERS
Beisitzerin:

Jahrgang 1943, vier Kinder, verheiratet mit einem dänischen Bildhauer.

Lebt und arbeitet in Schleswig-Holstein und in Dänemark. Selbstständige Tätigkeit im Kulturmanagement. Bearbeitet zur Zeit das Projekt „Dem Alter eine Zukunft geben“.

Seit 25 Jahren Mitglied der SPD.

Ich stehe für:

Soziale Gerechtigkeit - Chancen einer Gesellschaft des längeren Lebens

Bekämpfung der Altersarmut

durch mein Leben und Arbeiten in zwei Ländern - ein demokratisches und soziales Europa.



JÜRGEN RISCHAR
Beisitzer:

Geboren am 2. April 1944 in Saarbrücken, verheiratet.

Mitglied der SPD seit 1968, seit dem in vielen Funktionen tätig. u.a. als Ortsvereinsvorsitzender, Unterbezirkvorsitzender und Mitglied des Landesvorstandes.

Die 150-jährige Geschichte der SPD hat stets gezeigt, wenn wir gemeinsam gekämpft haben, wenn wir zusammengehalten haben, waren wir stark. Große Erfolge hat die SPD immer nur dann errungen, wenn wir gemeinsam mit unseren „natürlichen“ Verbündeten und Partner den Gewerkschaften, der Arbeiterwohlfahrt, den Naturfreunden und anderen den Schulterschluss gefunden haben.

Daran müssen wir wieder anknüpfen. Nicht nur ganz oben, sondern auch und vor allem auf der örtlichen Ebene und auf der Kreisebene z. B. durch ein „Wir-Fest“ gemeinsam mit den genannten Organisationen und auch anderen, die uns politisch nahestehen unter dem Motto: „Gemeinsam sind wir stark“



ANGELIKA GRAF
MdB, Bundesvorsitzende

Geboren am 10.05.1947 in München; geschieden, zwei Töchter. Studium der Mathematik und Programmiererin.

Die „geschenkten Jahre“ bei der Lebenserwartung sind eine Herausforderung – für jede/n Einzelnen und für die Gesellschaft. Doch die höhere Lebenserwartung ermöglicht auch eine neue, vertiefte Solidarität zwischen den Generationen. Diese Chance sollten wir nutzen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen keine Spaltung von Arm und Reich oder Jung und Alt. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft!

Denn der demografische Wandel erfordert ein Mehr an Zusammenhalt und Miteinander und nicht weniger – auch wenn uns das Schwarz-Gelb glauben machen will!

So wünsche mir am Aktionstag 2013 aber auch darüber hinaus ein festes Band zwischen der AG 60 plus und den Jusos – wir wollen für die gerechte Sache gemeinsam kämpfen und nicht auf Kosten des jeweils anderen!

EHRENVORSITZENDE:
Otto Graeber
Erika Drecoll

SIGMAR GABRIEL:

„Wer über Altersarmut spricht, darf über Erwerbsarmut nicht schweigen.

Darum brauchen wir den Mindestlohn. Und die Solidarrente für alle, die lange gearbeitet aber bisher nicht ausreichend verdient haben.

Wir brauchen passende Übergänge, die abschlagsfreie Rente bei Erwerbsminderung und bei langjährig Versicherten schon ab 63.

Wir setzen die Erhöhung des Renteneintrittsalters aus bis deutlich mehr ältere Menschen Arbeit finden, stabilisieren das Rentenniveau, fördern betriebliche Altersvorsorge.

Der Kampf gegen Altersarmut braucht ein Konzept. UND DAS HABEN WIR.“

BESCHLUSS DES PARTEIVORSTANDES DIE SPD-RENTEN- POLITIK: ARBEIT MUSS SICH LOHNEN!

DER SPD-PARTEIVORSTAND HAT IN SEINER HEUTIGEN SITZUNG FOLGENDEN ANTRAG AN DEN PARTEIKONVENT AM 24. NOVEMBER 2012 VERABSCHIEDET:

Die SPD hat in ihrer Regierungszeit zwischen 1998 und 2009 dafür gesorgt, dass die gesetzliche Rentenversicherung die zentrale Säule der Altersvorsorge in Deutschland bleibt. Sie hat alle Angriffe von Union und FDP zur Abschaffung der umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung und zum völligen Umstieg auf eine privat finanzierte und kapitalgedeckte Altersvorsorge abgewehrt. Angesichts der enormen Verluste vieler derartiger kapitalgedeckter Altersvorsorgesysteme während der Finanzkrise zeigt sich, wie wichtig es für die soziale Sicherheit vieler Rentnerinnen und Rentner war, dass die SPD an der gesetzlichen Rentenversicherung festgehalten hat.

Zugleich hat die SPD die gesetzliche Rentenversicherung zukunftsfest für den demografischen Wandel gemacht. In wenigen Jahren wird die Zahl der sozialversicherten Beschäftigten drastisch abnehmen, während die Rentenzugänge steigen. Die Generation der „Babyboomer“ nähert sich dem Rentenalter, die Generation „Pillenknick“ muss die sozialen Sicherungssysteme finanzieren. Die von der SPD mitgetragenen Rentenreformen und der Ausbau privater Altersvorsorge als Ergänzung (und nicht als Ersatz, wie von CDU und FDP gefordert) hatten vor allem das Ziel, die nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung zu sichern und die Belastung junger Generationen nicht zu groß werden zu lassen. Beide Ziele wurden erreicht. Deshalb stellt die SPD diese Rentenreformen und die daraus erwachsene Rentenformel nicht in Frage.

Allerdings hat vor allem die Entwicklung am Arbeitsmarkt Folgen für die Entwicklung der Renten:

Das Fehlen eines gesetzlichen Mindestlohns, die Benachteiligung von Frauen bei der Bezahlung und durch die fehlenden Angebote zur Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf sowie die Zunahme von unsicheren und schlecht bezahlten Leih- und Zeitarbeitsplätzen haben zu einem deutlichen Anstieg der Erwerbsarmut geführt. Die Folge von Erwerbsarmut aber ist Altersarmut.

Die Leistungsanforderungen und Belastungen sind für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten Jahren gestiegen. Vor allem schwere körperliche Arbeit und Schichtarbeit zwingen schon heute Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dazu, vor dem 65. Lebensjahr auszuscheiden und entsprechende Abschläge bei der Rente hinzunehmen. Für sie bedeutet die Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 nichts anderes als eine weitere Kürzung ihrer Rente trotz jahrzehntelanger harter Arbeit.

Den von dieser Entwicklung betroffenen Menschen will die SPD helfen!

Dazu schlagen wir vor:

I. Bessere Löhne: Erwerbsarmut bekämpfen.

Wer über Altersarmut redet, darf über Erwerbsarmut nicht schweigen, denn ohne die Bekämpfung der Erwerbsarmut kann der Altersarmut nicht wirksam begegnet werden. Das Rentensystem kann nicht dauerhaft die während des Arbeitslebens entstandenen sozialen Ungerechtigkeiten am Ende des Arbeitslebens korrigieren.

Deshalb steht am Anfang eine deutlich veränderte Arbeitsmarktpolitik mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € und die Stärkung der Tarifbindung (Allgemeinverbindlichkeit) mit

höheren Löhnen und Gehältern in Deutschland. Dazu gehört auch die Durchsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ sowohl zwischen Leih- und Zeitarbeitnehmern und fest angestellten als auch zwischen Frauen und Männern. Außerdem die Regulierung der ausufernden Werkverträge und die Rückführung der Leih- und Zeitarbeit auf ihren originären Sinn als flexibles Instrument bei Auftragspitzen eines Unternehmens und nicht – wie seit Jahren – zur Vernichtung regulärer Arbeitsplätze. Dafür müssen wir die sachgrundlose Befristung abschaffen und die Mitbestimmung von Betriebs- und Personalräten einführen.

Die Bekämpfung der Erwerbsarmut gelingt aber nicht allein durch die Lohnpolitik, sondern darüber hinaus muss es gelingen, die soziale und kulturelle Spaltung zu überwinden, um allen Menschen die Chance auf ein Arbeit und Einkommen zu ermöglichen. Dazu gehört vor allem:

- Wirtschaftliches Wachstum sowie Erhalt und Ausbau von Industrie und produzierendem Gewerbe.
- Die Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft der deutschen Unternehmen (nur noch 25% der Betriebe bildet aus!).
- Bessere Bildung u.a. durch frühe Förderung und den Ausbau von Ganztagschulen.
- Erhöhung der Frauenerwerbsquote und der Vollzeitbeschäftigung durch den flächendeckenden Ausbau von Kindertagesstätten.
- Bessere Einstiegs- und Aufstiegschancen in Ausbildung und Beruf für diejenigen, die aus den unterschiedlichsten Gründen bislang keine qualifizierte Berufsausbildung besitzen.

II. Arbeit muss sich lohnen: Altersarmut verhindern.

Die Erwerbsarmut der Zukunft bekämpfen hilft allerdings denen nicht, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten unverschuldet lange Zeit arbeitslos waren oder in schlecht bezahlter Arbeit beschäftigt waren. Aber auch hier muss sich Arbeit im Alter lohnen und langjährige Beitragszahlung in die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung führen, die alle Menschen im Alter erhalten können – unabhängig davon, ob sie Rentenbeiträge gezahlt haben oder nicht.

Deshalb führt die SPD nach einer Regierungsübernahme 2013 parallel zu einem gesetzlichen Mindestlohn eine „Solidarrente“ ein. Sie sorgt dafür, dass für langjährig Versicherte (30 Beitragsjahre / 40 Versicherungsjahre) die Rente nicht unter 850 € liegt. Ihre Finanzierung erfolgt aus Steuermitteln. Um bei den sogenannten „Solo-Selbstständigen“ die Gefährdung durch Altersarmut zu verringern, streben wir ein spezielles Tarif- und Beitragsrecht innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung für sie an. Sofern sie nicht bereits über ein anderes der etablierten obligatorischen Alterssicherungssysteme abgesichert sind, sollen sie in den Versichertenkreis der GRV aufgenommen werden.

III. Brücken ins Rentenalter bauen.

In einer immer differenzierteren Arbeitswelt ist es schwieriger geworden, für alle Arbeitnehmer/innen-Gruppen gleiche Formen des Eintritts ins Rentenalter zu schaffen. Nicht jeder Rentenzugang passt für alle, aber für alle muss es einen passenden Rentenzugang geben. Vor allem für diejenigen Berufsgruppen und Beschäftigten, die bereits heute aufgrund der Arbeitsbelastung oder aufgrund von Invalidität nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiten können, wollen wir den Übergang ins Rentenalter ohne große Einkommensverluste ermöglichen.

Deshalb schlagen wir differenzierte Angebote für den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente vor:

- durch den abschlagsfreien Zugang zur Erwerbsminderungsrente;
- eine Verlängerung der Zurechnungszeit und eine bessere Bewertung der letzten Jahre;
- erleichterte Möglichkeiten für Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung;
- durch die Einführung der Teilrente ab dem 60. Lebensjahr;
- durch den abschlagsfreien Zugang zur Rente nach 45 Versicherungsjahren.

Die Finanzierung erfolgt durch die Beitragsentwicklung in der Gesetzlichen Rentenversicherung, durch einen Verzicht auf die bislang vorgesehene kurzfristige Absenkung der Beitragsätze und eine stetige Steigerung bis auf das im geltenden Rentenrecht vorgesehene Niveau von 22 Prozent (analog dem Modell des DGB).

Die Arbeitswelt hat einen erheblichen Anteil an der Verursachung von Erwerbsminderung. Für die finanziellen Folgen für die gesetzliche Rentenversicherung bedarf es daher in Zukunft eines größeren Anteils der Arbeitgeber. Deshalb wollen wir prüfen, ob für die Beiträge der Arbeitgeber in Anlehnung an die Beiträge der Berufsgenossenschaften (Gesetzliche Unfallversicherung) ein Bonus-Malus-System entwickelt werden kann, das Anreize für alters- und altengerechte Arbeitsplätze und die Erhöhung der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer/innen schafft.

IV. Lebensstandard sichern – Betriebliche Altersversorgung ausbauen.

Die Rente der gesetzlichen Rentenversicherung hat bereits zu früheren Zeiten nicht immer ausgereicht, den im Arbeitsleben erreichten Lebensstandard zu sichern. Insbesondere betriebliche Altersversorgungen auf der Basis von Tarifverträgen haben in vielen Wirtschaftsbranchen zusätzliche Sicherheit im Alter ermöglicht. Um den jüngeren Berufsgenerationen keine zu großen Belastungen zuzumuten und die Arbeitskosten vor allem für kleine und mittlere Unternehmen nicht drastisch erhöhen zu müssen, wird die gesetzliche Rentenversicherung auch in Zukunft ergänzt werden müssen, um den Lebensstandard zu sichern.

Die SPD will diesen Beitrag zur Altersversorgung auf neue Füße stellen:

- Wir werden über das gesamte Spektrum aller Riester-Produkte für eine deutliche Verbesserung der Kostentransparenz und der Effizienz sorgen. Den von der Bundesregierung angekündigten Gesetzentwurf werden wir sorgfältig prüfen. Wir wollen, dass für Riester-Produkte von den Anbietern auch Verträge ohne Abschlusskosten angeboten werden. Bei der Leistungshöhe setzen wir auf Sicherheit statt auf Risiko: Notwendig sind die Verwendung verbindlicher Sterbetafeln und eine Mindestverzinsung wie bei ungeförderten Lebensversicherungen. Die Nominalwertgarantie der eingezahlten Beiträge reicht nicht aus.

- Die betriebliche und tarifvertraglich abgesicherte Altersversorgung ist aus unserer Sicht die beste Form der privaten und zugleich kollektiven Altersversorgung. Wir wollen sie stärken und durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit auch in den Regionen und Branchen in Deutschland durchsetzen, in denen sie derzeit aufgrund der geringen Tarifbindung in zu geringem Umfang genutzt wird. Zugleich muss die betriebliche Altersversorgung in Anla-

geformen erfolgen, die gegen Totalverlust und zu geringen Renditen an den Finanzmärkten geschützt sind. Deshalb sind verbindliche gesetzliche Regelungen nötig, die die höchstmögliche Sicherheit der Vermögen der bAV gewährleisten und zugleich in diesem Rahmen eine hohe Ergiebigkeit sicherstellen.

- Bereits heute muss jedem Arbeitnehmer bzw. jeder Arbeitnehmerin auf Nachfrage ein Angebot zur betrieblichen Entgeltumwandlung gemacht werden. Wir wollen, dass in Zukunft jeder Arbeitgeber und jede Arbeitgeberin für jede/n Beschäftigten eine Entgeltumwandlung zum Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung anbieten muss, sofern der Arbeitnehmer bzw. die Arbeitnehmerin nicht selbst darauf verzichtet (Arbeitgeber-Obigatorium mit einer „Opt-Out-Regel“ für den/die Arbeitnehmer/in). Für Arbeitgeber, die ein solches bAV Angebot nicht unterbreiten können, sollte eine wertgleiche Alternativoption über Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung oder in bestehende Versorgungssysteme eröffnet werden.

Wir werden nach der Übernahme der Bundesregierung im Herbst 2013 Gespräche mit den Sozialpartnern über eine angemessene Beteiligung der Arbeitgeber an den Kosten der betrieblichen Altersversorgung aufnehmen. Zugleich werden wir in Gesprächen mit den Sozialpartnern entscheiden, ob es bei der bisherigen Förderung der betrieblichen Altersversorgung bleibt (Sozialabgabenfreiheit der Entgeltumwandlung) oder ob sie auf eine neue steuerliche Förderung umgestellt werden soll.

V. Rentenniveau und Beitragsentwicklung.

Die Entscheidungen zur nachhaltigen Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung haben zur Folge, dass das Rentenniveau von derzeit ca. 50 Prozent (gemessen am Einkommen nach Abzug der Sozialabgaben und vor Steuern) auf bis zu 43 Prozent im Jahr 2030 sinken kann.

Aktuell schätzt die Deutsche Rentenversicherung das Rentenniveau für das Jahr 2030 auf 44,76 Prozent.

Der SPD-Parteivorstand wird vor dem Parteikonvent am 24.11.2012 nach ausführlicher Debatte innerhalb der SPD und mit Expertinnen und Experten außerhalb der SPD einen Vorschlag unterbreiten, welche Schlussfolgerungen die SPD für ihre Regierungspolitik ab 2013 daraus ziehen wird.

VI. Bundeseinheitliches Rentenbemessungssystem in Ost und West

Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen. Dabei geht es darum eine Lösung zu erarbeiten, die die Interessen der Beitragszahler und Rentner in West und Ost gleichermaßen wahrt. Die SPD mit ihren Grundwerten Gerechtigkeit und Solidarität muss der Motor einer öffentlichen Gerechtigkeitsdebatte sein, in der sowohl materielle Verhältnisse als auch die emotionale Seite der Betroffenen berücksichtigt werden.

UNSER JUBILÄUMSJAHR 2013

Wichtige Informationen und Termine.



9. bis 12. Mai 2013
WORKERS YOUTH FESTIVAL IN DORTMUND
anlässlich des Jubiläums 150 Jahre SPD,
großer Aktionstag am 11. Mai 2013 auf dem
Dortmunder Friedensplatz

23. Mai 2013
11.00 bis 13.00 Uhr
FESTAKT 150 JAHRE SPD IM GEWANDHAUS
LEIPZIG
für geladene Gäste

14.00 bis 19.00 Uhr
ÖFFENTLICHES GEBURTSTAGSFEST
150 JAHRE SPD
AUF DEM LEIPZIGER MARKTPLATZ
(vorher Live-Übertragung des Festakts)

17. und 18. August 2013
Deutschlandfest
ZUM 150. GEBURTSTAG DER SPD
von Samstag, 11.00 Uhr bis Sonntag,
ca. 14.00 Uhr
Straße des 17. Juni, Berlin

18. Dezember 2013
FESTVERANSTALTUNG ZUM 100. GEBURTSTAG
VON WILLY BRANDT, BERLIN

Weitere Informationen unter:
150-Jahre-spd.de

GESUNDHEITS- POLITIK MEHRHEIT WILL BÜRGERVER- SICHERUNG

Über die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland unterstützt das von der SPD entwickelte Konzept der Bürgerversicherung. Auch die deutschen Ärzte sprechen sich zu 51 Prozent dafür aus, eine gesetzliche Versicherung für alle einzuführen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des Finanzdienstleisters MLP.

Dem „MLP-Gesundheitsreport 2011“ zufolge, der dem „Spiegel“ vorliegt, wünschen sich die Deutschen nach der Bundestagswahl eine Gesundheitsreform. 42 Prozent sind mit der schwarz-gelben Gesundheitspolitik unzufrieden, bei den Ärztinnen und Ärzten sind es sogar 71 Prozent.

Zustimmung zu SPD-Konzept

Ein Drittel der Deutschen macht sich inzwischen Sorgen darüber, dass ihnen im Krankheitsfall eine nötige Behandlung aus Kostengründen womöglich abgelehnt wird. Bereits 39 Prozent der gesetzlich Versicherten geben an, sie hätten in den vergangenen Jahren mindestens ein Mal Therapien selbst bezahlen müssen.

Entsprechend groß ist die Unterstützung für die Bürgerversicherung der SPD: Über die Hälfte des Volkes – übrigens auch über die Hälfte der Ärztinnen und Ärzte – spricht sich für das SPD-Konzept aus. Die Befragten wollen, dass sich in Zukunft auch Beamte, Selbständige und gut verdienende Angestellte gesetzlich versichern müssen und eine private Absicherung dann nur noch im Rahmen von Zusatzversicherungen möglich ist.



Wollen beide die Bürgerversicherung der SPD: Arzt und Patientin bei einer Untersuchung (Foto: dpa)

Schwesig: Weg vom Zwei-Klassen-System

Die SPD-Vizevorsitzende Manuela Schwesig zeigte sich am Mittwoch erfreut über die Ergebnisse des Reports: „Die Mehrheit der Ärzte in Deutschland hat verstanden, dass langfristig das hohe Niveau im Gesundheitssystem nur gehalten werden kann, wenn sich alle daran beteiligen.“ Um eine gute und verlässliche medizinische Betreuung in Deutschland zu gewährleisten, müssten alle ihren Beitrag leisten, auch Menschen mit hohem Einkommen oder Vermögen.

„Die SPD kämpft für die Einführung der Bürgerversicherung, damit wir wegkommen vom Zwei-Klassen-System im Gesundheitswesen. Wir wollen Gesundheit für alle. Und ein System, in das alle gemeinsam zahlen: Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Reiche und Arme, Gesunde und Kranke“, so Schwesig weiter.

Die Bürgerversicherung: Eine für alle!

Die auf dem SPD-Bundesparteitag 2011 verabschiedete Bürgerversicherung will ein Versicherungssystem für alle Bürgerinnen und Bürger.

Die Krankheit und nicht die Versicherungskarte soll darüber entscheiden, wie und wann jemand behandelt wird.

Im Gegensatz zu Schwarz-Gelb will die SPD zudem ein gerecht finanziertes Gesundheitswesen. Arbeitgeber sollen wieder zur Hälfte an der Finanzierung beteiligt werden. Mehr zahlen sollen aber nur die Unternehmen, die besonders hohe Löhne und Boni zahlen, wie zum Beispiel Banken und Versicherungen. Die Arbeitnehmer werden im Gegenzug um fünf Milliarden Euro entlastet, ihre Beiträge sollen sinken.



GERECHT MACHT STARK UND GUTE ZUKUNFT BRAUCHT HALTUNG

Deutschland steht vor einer Richtungswahl. Im Herbst entscheiden die Menschen, wer die richtigen Antworten hat: auf die immer tiefere Spaltung zwischen Arm und Reich und auf dem Arbeitsmarkt, auf Billiglöhne, die Rolle von Mann und Frau, Bildungshürden. Wie sichern wir Wachstum, gute Renten und Gesundheit? Im Kern geht es um die Frage, was Deutschland stark macht. In welcher Gesellschaft wollen wir leben? „Weiter so“ oder Richtungswechsel?

Keine Politik ist „alternativlos“, wie es die Merkel-Regierung den Menschen oft einreden will. Und wer immer nur „auf Sicht fährt“, offenbart eine Orientierungslosigkeit, die sich eine große Volkswirtschaft nicht leisten kann. Inzwischen sehen 64 Prozent die soziale Gerechtigkeit gefährdet. Die SPD wird darum einen Wahlkampf führen mit klar beschriebenen Zielen – und wie wir dort hinkommen. Das steht dann im Regierungsprogramm, an dem auch viele Bürgerinnen und Bürger mitgearbeitet haben. Im April wird der Parteitag darüber beraten. Vier Punkte werden eine besondere Rolle spielen:

- ▶ **Gerechtigkeit und Aufstieg durch Bildung:** Der gesetzliche Mindestlohn und der Kampf gegen Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit gehören dazu. Ein neues Kindergeld, mehr Chancen für alle an Schulen und Hochschulen. Die Regulierung der Finanzmärkte. Und gerechte Steuern, bei denen starke Schultern mehr tragen.
- ▶ **Freiheit leben – Moderne Gesellschaft:** In einer lebendige Demokratie müssen alle politisch mitreden können – zum Beispiel durch neue Beteiligungsformen. Eine moderne Gesellschaft setzt auch gleiche Rechte durch. Es geht um Frauen und Männer, um Schwule und Lesben, um Menschen, die aus anderen Ländern kommen und bei uns eine neue Heimat gefunden haben. Und es geht um Familien, die mehr Unterstützung verdient haben.
- ▶ **Wirtschaft und Wachstum:** Wir wollen Ideen fördern, Innovationen und Forschung. Vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen. Und in der Industrie. Dafür brauchen wir auch sichere, bezahlbare Energie – und starke Arbeitnehmerrechte. Denn erfolgreich bleiben wir nicht als Billiglohnland, sondern mit Qualität!
- ▶ **Sicherheit und Vorsorge:** Eine solidarische Gemeinschaft sichert ab gegen Risiken des Lebens: Armut, Krankheit, Pflegebedürftigkeit. Beim Verlust des Arbeitsplatzes und für ein würdiges Leben im Alter. Strom und Miete müssen bezahlbar bleiben. Und Kommunen müssen genug Geld haben, um Leistungen für die Menschen weiter anbieten zu können.

Den **Richtungswechsel** kann man wählen. **September 2013.**

Miteinander. Für Deutschland. SPD



WOHNEN MUSS BEZAHLBAR BLEIBEN UNSERE STÄDTE SIND FÜR ALLE DA

In vielen Städten werden bezahlbare Wohnungen knapp. Familien, vor allem Alleinerziehende, ältere Menschen und Studierende finden in Innenstädten kaum noch Wohnungen, die sie sich leisten können. Viele Hausbesitzer nutzen Auszüge für drastische Mieterhöhungen. Zusätzlich steigen Strom- und Heizkosten. Die Gefahr droht, dass immer mehr Menschen mit kleinen Einkommen aus den Innenstädten verdrängt werden.

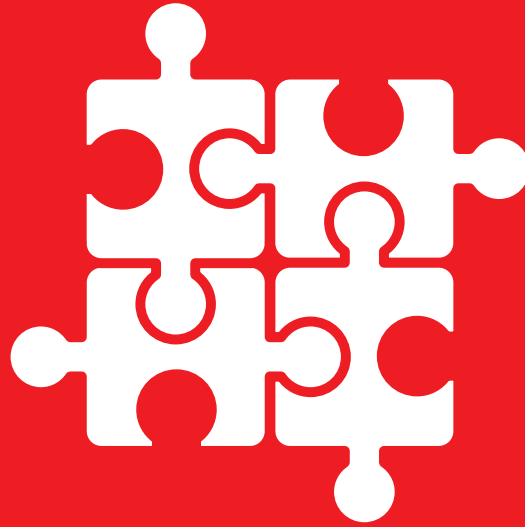
Die SPD will diese Entwicklung stoppen. Denn unsere Städte sind mehr als Stein und Beton. Wir wollen, dass in den Städten Menschen verschiedener Herkunft, verschiedenen Alters und aus unterschiedlichen sozialen Schichten zusammenleben können. Wir wollen lebendige, bunte, moderne Städte und nicht Städte, die in reiche Viertel mit Luxuswohnungen und arme Vorstädte mit sozialen Verwerfungen zerfallen.

Deshalb setzt sich die SPD für lebendige Städte ein, in denen alle Menschen leben können.

- **Die Mieten müssen bezahlbar bleiben.** Nicht nur bestehende Mieten sondern auch Neumieten müssen begrenzt werden. Bei Neuvermietungen darf die Miete nicht höher als 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Bestandsmieten dürfen nicht mehr als 15 Prozent innerhalb von vier Jahren steigen. Sanierungsmaßnahmen dürfen keine überzogenen Mieterhöhungen zur Folge haben.
- **Bündnis für bezahlbares Wohnen:** Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam mit den Ländern, Kommunen, den Mieter- und Sozialverbänden sowie der Bau- und Wohnungswirtschaft ein „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ auf den Weg bringen.
- **Für die Beauftragung von Maklern muss gelten: Wer bestellt, zahlt auch.** Maklergebühren dürfen nicht mehr auf die Mieter umgelegt werden, wenn der Makler vom Wohnungsbesitzer beauftragt wurde.
- **Genossenschaften stärken.** Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsunternehmen in kommunaler Hand sind für uns Sozialdemokraten ein Garant für gute Wohnungen zu bezahlbaren Mieten.
- **Geringverdiener entlasten.** Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld, den die Merkel-Regierung gestrichen hat, wieder einführen.

Bezahlbare Mieten – soziale Städte. **SPD**

AKTIONS- VORSCHLAG NR. 1 FLUGBLATT – INFO – STRAßENAKTION ANGELSPIEL - ARMUTSPUZZLE



AG 60 PLUS DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

- Zwölf Styropor-Puzzle-Teile schwimmen mit den Fischen im Wasser
- Zwölf Styropor-Puzzle-teile liegen auf 12 Booten in einem Wasserbassin. Das Becken ist ca. 80 cm hoch und gut 1 Meter mal 1 Meter im Quadrat. Solche Becken kann z.B. die Feuerwehr zur Verfügung stellen, die es auch füllt und im besten Fall auch beim Infostand bleibt. Schönes rotes Auto, Symbole von Schutz und Sicherheit.
- Die Passanten, oft Kinder, unterstützt von den SPD-Mitgliedern, die den Informationsstand betreuen, „angeln“ die Puzzle-teile, die jeweils mit einer Öse versehen sind. Dabei werden die einzelnen Beschriftungen der Puzzle-teile diskutiert. Aber etwas stört: Zwei Puzzle-teile haben keine passenden Ösen, lassen sich nicht angeln.
- Die Puzzle-teile sind beschriftet mit dem Nötigsten – was formal, per Gesetz als Existenzminimum angesehen wird. Aber das Puzzle geht nicht auf. Zwei Teile passen nicht oder fehlen ganz. Ein unfertiges Puzzle tut weh... ruft nach Vollendung. Politik ist gefragt. SPD Politik.
- Alle Puzzle-teile werden auf einem Tischtuch auf dem Boden oder einem Tisch zusammengefügt – leider muss das Puzzle unvollständig

bleiben. Gleichwohl: Wer das Puzzle richtig zusammensetzt, erhält einen Preis. Das kann leicht mit einem Gewinnspiel kombiniert werden. Die Passanten geben ihre Adresse ab und später wird eine Reise verlost oder so.

INFOTAFEL

- Eine Infotafel sollte die Aktion inhaltlich mit Fakten anreichern.

INFO-BISTROTISCH

- Ein Info-Bistrotisch versteht sich von selbst, Kandidateninformation und Infoblatt SPD Sozial- und Seniorenpolitik, Renten- und Pflegepolitik
- Wasserbecken: bis zu 80 cm hoch und gut 1 Meter mal 1 Meter im Quadrat.

FLUGBLATT ZUR AKTION ARMUTSPUZZLE VORDERSEITE

Armut und Altersarmut überwinden

- Wir können Altersarmut als Leben am Existenzminimum, knapp darüber oder deutlich drunter begreifen... – Nein, eigentlich können wir Altersarmut und was sie für Menschen bedeutet, auf diese Weise nicht wirklich begreifen. Wir ersetzen Lebenserfahrung durch Statistik, persönliche Betroffenheit durch

Tabellen – und verstehen doch wenig. Auch das Gerede „Jeder ist seines Glückes Schmied“ lenkt uns davon ab, über Armut wirklich nachzudenken. Altersarmut ist kein „soziales Phänomen“, sondern Teil unseres Alltags – arme Menschen sitzen neben uns in der S-Bahn, wohnen im gleichen Haus, stehen in der gleichen Schlange an der Supermarktkasse.

■ Niemand muss verhungern oder erfrieren. Aber viele ältere Menschen leiden sehr unter der Summe alltäglicher Einschränkungen, die ihnen die Armut auferlegt. Mit der Puzzle-Aktion wollen wir auf Armut, insbesondere Altersarmut hinweisen.

■ Altersarmut macht sich unsichtbar, Altersarmut versteckt sich, Altersarmut spricht nur leise. Wer arm ist, würde sich manchmal am liebsten unsichtbar machen. Nur nicht auffallen – Armut ist peinlich. Lieber nicht unter Leute gehen – sonst fangen die noch an, über mich zu reden. Das Gefühl, sich schämen zu müssen, versteckt sich hinter scheinbar unverfänglichen Formulierungen; wir müssen genauer hinhören, um das leise Gedachte hinter dem laut Gesagten zu erahnen, zu spüren, zu verstehen.

„Ich gehe nicht so gerne ins Theater – weil ich selbst mein bestes Kleid nicht mehr ausführen kann.“

„Wir können gerne mal ins Cafe gehen – aber wie soll ich dann das Geburtstagsgeschenk für meinen Enkel bezahlen?“

Über diese Erfahrungen von Verzicht, Scham oder Verzweiflung sollten wir auch nachdenken, wenn wir über das Existenzminimum für ältere Menschen sprechen.

Existenzminimum

Sie finden auf den Puzzleteilen folgende Beschriftung:

1. Essen und Trinken
2. Bekleidung und Schuhe
3. Wohnung und Heizung
4. Wasser und Strom,
5. Möbel und Haushalt
6. Gesundheitspflege

7. Verkehr
8. Telefon und Internet
9. Freizeit, Unterhaltung und Kultur
10. Bildung
11. Urlaub und Gasthaus
12. Dienstleistung, Sonstiges

Diese zwölf Punkte definieren das Existenzminimum.

■ Aber etwas stört an diesem fertig unfertigen Bild; zwei Puzzleteile passen nicht bzw. fehlen: Die Armut reißt Lücken in unsere Vorstellung eines würdevollen Alterns, unsere Hoffnungen eines wohlverdienten und auskömmlichen Lebensabends, unsere Illusion eines Alters ohne Armut.

■ Schauen Sie sich an der Infowand um – dort finden Sie unsere Vorschläge zur Überwindung der Armut in Deutschland. Auch auf der Rückseite dieses Blattes ist eine kurze Darstellung unserer Vorschläge.

RÜCKSEITE

Armut und Altersarmut überwinden
Platzhalter: Armut bringt Unsicherheit in unsere Vorstellung eines würdevollen Lebens, in unsere Hoffnungen auf einen wohlverdienten und auskömmlichen Lebensabend. Armut bringt Unsicherheit in unsere Gesellschaft als Ganzes.

Die SPD setzt sich daher für GUTE ARBEIT ein. Denn GUTE ARBEIT hilft heute, Altersarmut morgen zu verhindern.



AKTIONS- VORSCHLAG NR. 2 FLUGBLATT – INFO – STRAßENAKTION SCHULDENTURM

AG 60PLUS DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

VIERZEHN STYROPORWÜRFEL

- Vierzehn Styroporwürfel mit einer Kantenlänge von 50 cm sollen zu einem Schuldenturm aufgestapelt werden. Das kann eine oder einer, die Kandidatin oder der Kandidat, nicht allein. Passanten müssen helfen. Trotz Leiter gelingt es nicht den Turm aus allen vierzehn Schuldenwürfeln zu bauen... man muss mehrerer Türme bauen, bekommt ein Gefühl für die Dimensionen. Haptisch. Ein Würfel entspricht 150 Milliarden Euro Schulden.
- Die Würfel sind in Koalitionsfarben gehalten: viel schwarz-gelb, weniger rot-gelb und rot-grün.

INFOTAFEL

- Eine Infotafel sollte die Aktion inhaltlich mit Fakten anreichern.
Info-Bistrotisch
- Ein Info-Bistrotisch versteht sich von selbst, Kandidateninformation und Infoblatt SPD Finanz- und Haushaltspolitik
Stehleiter

**FLUGBLATT ZUR AKTION SCHULDENTURM
VORDERSEITE**

**Bundesschulden, Neuverschuldung und
Staatsschulden**

■ Deutschland hatte im vergangenen Jahr 2,1 Billionen Euro Staatsschulden, das sind die Schulden des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Sozialkassen. Schulden aus der Vergangenheit heißen Altschulden. Neuverschuldung entsteht, wenn im aktuellen Bundhaushalt die Ausgaben höher sind als die Einnahmen. Seit Jahrzehnten kommt zu den schon vorhandenen Schulden jährlich eine Neuverschuldung hinzu.

■ Übrigens: Zwischen 1950 und 2005, also in 55 Jahren, stiegen die gesamten Staatsschulden auf 1.500 Milliarden Euro - seit Amtsantritt der eisernen Kanzlerin Merkel sind allein die Bundesschulden in nur wenigen Jahren um über 600 Mrd. Euro gestiegen, wurden unter Merkel also verdoppelt.

■ Die halbe Wahrheit: Da in jedem Haushalt der größte Teil der Ausgaben durch Verträge oder Pflichtaufgaben schon für die Zukunft festgelegt ist, kann die Neuverschuldung nur extrem langsam durch große Ausgabendisziplin abgebaut werden. Beispielsweise fließen ein Drittel der Steuereinnahmen des Bundes, etwa 80 Milliarden Euro, direkt in die Rentenkasse, damit die Rentenversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber unter 20 % bleiben können.

■ Die ganze Wahrheit: Öffentliche Armut und privater Reichtum wachsen. Wer den Staatshaushalt sanieren will, muss deshalb für eine angemessene Besteuerung sorgen – schwarz-gelb hat im Koalitionsvertrag verantwortungslos vereinbart die Steuern um 24 Milliarden zu senken. Trotz guter Konjunktur, hoher Gewinne der Konzerne und steigender Privatvermögen steigen Staatsverschuldung, Zinslasten und

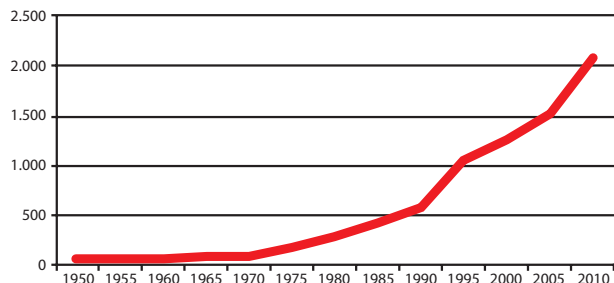
Zinsrisiko in allen öffentlichen Haushalten weiter. Gegenwärtig sind die Zinsen für die Bundesschulden mit 38 Milliarden Euro veranschlagt.

■ Man plant schlecht, die Realität wird besser und die Differenz wird als gute Politik verkauft. Verkaufte Volk. Allein im Bundeshaushalt für 2012 sind 26 Milliarden Euro neue Schulden geplant – eine taktische Zahl, denn die gute Konjunktur lässt höhere Steuereinnahmen erwarten und damit eine geringere Neuverschuldung – ein geplantes Wahlkampfgeschenk für 2013. Leider wird der Haushalt durch Steuerensenkungen strukturell weiter unter Druck bleiben – Zukunft als Wahlkampfpöffer.

RÜCKSEITE

■ Interessant sind die unterschiedlichen Steigungen der Kurve, also der Geschwindigkeit, mit der die Schulden stiegen, im Vergleich zu den jeweiligen Regierungen – schauen Sie selbst, welche Regierungen die größten Schuldentreiber waren.

**STAATSVerschuldung IN DEUTSCHLAND
VON 1950 - 2010 (IN MRD. EURO)**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand: 01.02.2013



AKTIONS- VORSCHLAG NR. 3 GEMEINSAM SINGEN

„Dann sind wir sind doch alle UHUS.“ Das sagen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltungen mit den UHUS aus dem Kreis Steinfurt oft, wenn sie die meistens unter dem Motto „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ durchgeführten Veranstaltungen mit den Sängerinnen und Sängern, die sich „Unter Hundertjährige singen“=UHUS nennen, erleben. Eine der Grundlagen für das Programm der vom Bundesvorstandsmitglied der AG 60plus Dr. Reinhold Hemker koordinierten Songgruppe ist das Vorwärts-Liederbuch, das meistens im Rahmen der Veranstaltungen bei Jubilar-Ehrungen, Festen, Maibaumaufstellen und jetzt verstärkt im Rahmen des 150-jährigen Geburtstages der SPD viele Interessenten findet.

„Wir fühlen uns gemeinsam stark, wenn viele Teilnehmer bei unseren Auftritten mitsingen und auch unsere Lieder wie „Brüder zur Sonne“, „Der Steiger“, „Lili Marleen“ und andere kommentieren und manchmal sogar kleine Geschichten erzählen.“ Das sagte Gerd Endemann, langjähriges SPD-Ratsmitglied und Kassierer im SPD-Ortsverein Emsdetten, der für die Liederauswahl und das jeweilige Programm zuständig ist. Er begleitet mit Reinhold Hemker auf der Gitarre die insgesamt 9 Mitglieder der UHUS.

Schon weist der Ortsvereinsvorsitzende Harald Lude, auch langjährig aktiver IG-Metaller, daraufhin, dass die UHUS natürlich auch am diesjährigen Aktionstag aktiv sind. „Dann teilen wir uns auch auf und locken öffentlich zusätzlich Mitsängerinnen und Mitsänger zum Beispiel an den Info-Ständen an,“ sagt er.

Aus ganz Deutschland wurden die UHUS schon eingeladen. „Besonders wichtig ist aber, dass wir überall Nachahmer gefunden haben und aktive Sängerinnen und Sänger und Musiker, die nicht Mitglied der SPD sind, unser Gedankengut und die Texte aufgreifen und damit unsere politischen Vorstellungen verbreiten,“ sagt Reinhold Hemker.

JEDE OMA ZÄHLT

Gemeinsam stark für internationale Solidarität

■ Zum ersten Mal war die Nichtregierungs-Organisation Helpage auf dem Bundeskongress der AG 60plus 2011 in Berlin mit einem Informationsstand vertreten. Der Button mit dem Aufdruck „Jede Oma zählt“ fand reißenden Absatz. Die Sammlung unter den Delegierten erfreute damals den Geschäftsführer der in Deutschland einzigartigen unter der Schirmherrschaft von Henning Scherf arbeitenden EINE-Welt-Organisation Michael Bünthe, der die Organisation auch in einem Vortrag vorstellte.

■ Seit dem Kongress finden immer wieder in ganz Deutschland Veranstaltungen und Aktionen der AG 60plus und ihr nahestehender Organisationen statt, bei denen das Thema Internationale Solidarität exemplarisch am Beispiel von Helpage anschaulich gemacht wird. (Hier dann die auch anhängende Darstellung abdrucken. Anfragen können auch gerichtet werden an Dr. Reinhold Hemker, der im Bundesvorstand für den Bereich Internationale Solidarität zuständig ist. E-Mail :buergerbuero-hemker@unitybox.de, Tel.0178-6975490.)



Singen mit den UHUS: Franz Müntefering, Dirk Wiese, Dr. Reinhold Hemker (Gitarre), Foto: Privat

Die UHUS nehmen keine Honorare. Sie sammeln aber für ein Agrar- und Gartenbauprojekt des Roten Kreuzes in Namibia oder für Helpage und nehmen Spenden entgegen und leiten sie weiter.

■ Anfragen können gerichtet werden an buergerbuero-hemker@unitybox.de. Tel. 0178-6975490. Oder 02572-4440.

AKTIONS- VORSCHLAG NR. 4 GEMEINSAME LESESTUNDE



AG 60 PLUS SACHSEN-ANHALT

LESESTUNDE DES SENIOREN-RATES UND DER AWO UNTER „SCHIRMHERRSCHAFT“ DER AG 60PLUS

■ Die Idee „Gemeinsam sind wir stark“ wird mit Kindern eines Kindergartens in der Stadtbibliothek Halle organisiert. Die Kinder eines AWO Kindergartens und die Mitglieder des Stadtseiniorenrates h6ren gemeinsam das Grimm- M6rchen „Die Bremer Stadtmusikanten“. Darin wird ja das Thema Solidarit6t zwischen den Alten dargestellt.

■ Die Teilnehmer 6u6ern sich anschlie6end bei von uns gesponsertem Kakao und Pfannkuchen zum Thema Soldarit6t und lassen Esel, Hund, Katze und Hahn dabei spielen. Die verwendeten Stofftiere spenden wir dann dem Kindergarten.

AKTIONS- VORSCHLAG NR. 5 AUSSTELLUNG



AG 60 PLUS SACHSEN-ANHALT

GESTALTUNG EINER AUSSTELLUNG

■ Wir laden zur Eröffnung einer Bilderausstellung eines sozialkritischen Künstlers in repräsentativen Räumen einer Begegnungsstätte der Volkssolidarität ein. Hier wird das Thema „Gemeinsam sind wir stark“ im Zusammenhang mit der Geschichte der SPD anschaulich dargestellt und auch das Ereignis des „Ermächtigungsgesetzes“ von 1933 einbezogen.

■ Einladung von Gästen (AWO, Volkssolidarität, Gewerkschaftssenioren, Ausländerbeirat) sowie der Presse erfolgen durch den Gastgeber AG 60plus.

LISTE DER 60 PLUS BUNDESVORSTANDS- UND BUNDESAUSCHUSSMITGLIEDER:

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,
nachfolgend haben wir Euch die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der AG SPD 60 plus aus dem Bundesvorstand und Landesverbänden und Bezirken zusammen gestellt:

BUNDESVORSTAND DER AG SPD 60 PLUS: Bundesvorsitzende und bayrische Landesvorsitzende:

Angelika Graf, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 77 313
Fax: (030) 227 76 792
E-mail: angelika.graf@bundestag.de

Bürgerbüro Rosenheim:
Am Nörreut 19
83022 Rosenheim
Tel.: (08031) 98230
Fax: (08031) 299023

STELLV. 60 PLUS BUNDESVORSITZENDE/R:
Ruth Brand, LV Nordrhein-Westfalen,
Tel.: (0201) 10 54 888,
Email: ruth.brand@t-online.de

Peter Schöbel, BZ Hessen-Süd,
Tel.: (06192) 52 46,
Email: Peter-Schoebel@t-online.de

BEISITZER IM 60 PLUS BUNDESVORSTAND:
Lothar Binding, LV Baden-Württemberg,
Tel.: (030) 277 731 44,
Email: Lothar.Binding@bundestag.de

Norwin Dorn, LV Sachsen-Anhalt,
Tel.: (0345) 805 13 53,
Email: Norwin.Dorn@t-online.de

Heidmarie Fischer, LV Berlin,
Mobil: (0175) 20 52 861,
Email: fischerheidemarie@gmx.de

Reinhold Hemker, LV Nordrhein-Westfalen,
Mobil: (0171) 265 89 89,
Email: Reinhold.Hemker@web.de

Jürgen Rischar, LV Saarland,
Tel.: (06897) 4459, Mobil: (0178) 287 59 22,
Email: juergenrischar@t-online.de

Gesche Peters, LV Schleswig-Holstein,
Tel.: (0451) 399 24 85,
Email: faehrhof@versanet.de

60 PLUS ANSPRECHPARTNERINNEN UND ANSPRECHPARTNER IN DEN LANDESVERBÄNDEN UND BEZIRKEN

LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN:
Anke Rönnau, Tel.: (04846) 69 32 85
Email: anke.roennau@googlemail.com

LANDESVERBAND MECKLENBURG-VORPOMMERN:
Erika Drecoll, Ehrenvorsitzende der AG SPD 60 plus, Tel.: (0381) 400 17 57
Email: Erika.Drecoll@alice-dsl.net

LANDESORGANISATION HAMBURG:
Rudolf Herbers
Tel.: (040) 480 89 94
Email: g.luebcke@gmx.de

LANDESVERBAND BREMEN:
Bernd Grottke, Tel.: (0421) 476 05 38
Email: Bernd.grottke@t-online.de

LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN:
Bezirk Nord-Niedersachsen:
Hans-Joachim Kerber, Tel.: (04742) 304
Email: kerber.dorum@t-online.de

BEZIRK WESER-EMS:

Hermann Bokelmann, Tel.: (04244) 400
Email: herm-bokelmann@t-online.de

BEZIRK HANNOVER:

Klaus Kaiser, Tel.: (0511) 527157
Email: Klaus.Kaiser@spd-kibewue.de

BEZIRK BRAUNSCHWEIG:

Volker Mewes, Tel.: (0531) 33 76 15
Email: volker.mewes@web.de

LANDESVERBAND SACHSEN-ANHALT:

Norwin Dorn, Tel.: (0345) 805 13 53
Email: Norwin.Dorn@t-online.de

LANDESVERBAND BRANDENBURG:

Horst Uelze, Tel.: (033762) 20 66 88
Email: horst.uelze@t-online.de

LANDESVERBAND BERLIN:

Werner Kleist, Tel.: (030) 824 48 21
Email: werner.kleist@superkabel.de

LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN:

Gerhard Kompe, Tel.: (0231) 467178
Email: g.kompe@dokom.net

Annemarie Pell, Tel.: (02104) 53811
Email: pellannemarie@aol.com

LANDESVERBAND HESSEN:**BEZIRK HESSEN-NORD:**

Wolfgang Blümel, Tel./Fax: (05544) 370

Siegfried Richter, Tel.: (05681) 711 27
Email: siggi.richter@web.de

BEZIRK HESSEN-SÜD:

Klaus zum Felde, Tel.: (06195) 24 89
mobil: (0170) 7 13 70 23
Zum-felde@t-online.de

LANDESVERBAND THÜRINGEN:

Wolf-Dietrich Waack
Tel.: (03672) 34 34 04
mobil: (0151) 5 66 11 88 9

LANDESVERBAND SACHSEN:

Klaus Franke, Tel.: (03731) 23 72 9
Email: klausfranke38@hotmail.com

LANDESVERBAND SAARLAND:

Jürgen Rischar
Tel.: (06897) 4459, Mobil: (0178) 287 59 22,
Email: juergenrischar@t-online.de

LANDESVERBAND RHEINLAND-PFALZ:

Alexander von Rettberg, Tel.: (06321) 51 94
Email: alexander.rettberg@t-online.de

LANDESVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG:

Marga Elser, Tel.: (07172) 64 72
Email: marga@elser.de

LANDESVERBAND BAYERN:

Gerlinde Saller, Tel.: (08549) 695
Email: Gerlinde.Saller@t-online.de

Josef Fackler, Tel.: (07303) 2768

Email: sepp.facke@googlemail.com

**ANSPRECHPARTNERINNEN IM REFERAT
ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, THEMENFOREN &
SPORTPOLITIK:**

Volker Edeling, Tel.: (030) 25991-236,
Email: 60plus@spd.de

AG SPD 60 plus Musterstadt
An die Vertreterinnen und Vertreter der Medien – vor der Aktion

Musterstadt, den 27.04.2013

Einladung an die Presse

Aktionstag der Älteren in der SPD
„Gemeinsam sind wir stark“

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 28. April 2013 von 12.00 Uhr bis 13.00 Uhr in Musterstadt
in der Musterstraße/gegenüber dem Marktplatz

führt die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus Musterstadt die Aktion „Demografischer Wandel braucht mehr Generationensolidarität“ / „Solidarrente statt Lebensleistungsrente“ / „XYZ“ durch.

Puzzle und große Bodengrafiken laden Bürgerinnen und Bürger ein, ihre Meinung zu Armut zu sagen. Die Aktion steht unter dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“. Die AG SPD 60 plus ist die Stimme der Älteren in der SPD.

Maxi Muster, Vorsitzende/r der AG SPD 60 plus. „Der demografische Wandel bedeutet auch ein längeres gesundes Leben. Er darf nicht zum Argument für Sozialabbau missbraucht werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen keine Spaltung von Arm und Reich oder Jung und Alt. Der demografische Wandel braucht ein Mehr an Zusammenhalt und Miteinander und nicht weniger.“

Seniorinnen und Senioren setzen sich dafür ein, dass auch ältere Menschen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und sich einmischen. Ob bei der Caritas, der AWO oder im Sportverein. Dabei wollen sie ein festes Band zwischen den Generationen und die Gemeinsamkeiten betonen.

Die SPD Senioren wollen mit in ihrem Motto ‚Gemeinsam sind wir stark‘ für mehr statt weniger Solidarität ein Zeichen setzen. Der demografische Wandel zeige, dass mehr Generationensolidarität notwendig sei und nicht weniger.

Wir laden Sie herzlich zur Teilnahme ein und freuen uns auf Ihr Kommen!
Für Rückfragen steht Ihnen NN unter der Telefonnummer 123 gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Maxi Muster
V.i.S.d.P.: Maxi Muster, SPD AG 60 plus, Mustergasse 12, 12345 Musterstadt

AG SPD 60 plus Musterstadt – nach der Aktion
An die Vertreterinnen und Vertreter der Medien

Musterstadt, den 29.04.2013

Pressemitteilung

„Gemeinsam sind wir stark“ - Ältere setzen sich für mehr Generationensolidarität und gegen Altersarmut ein

Anlässlich des Aktionstages „Gemeinsam sind wir stark“ am 28. April 2013 erklärt die/der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus Musterstadt, Maxi Muster:

„Unsere Aktion Armutspuzzle / XYZ zeigte, Altersarmut macht sich unsichtbar, Altersarmut versteckt sich, Altersarmut spricht nur leise. Wer arm ist, würde sich manchmal am liebsten unsichtbar machen. Das Gefühl, sich schämen zu müssen, versteckt sich hinter scheinbar unverfänglichen Formulierungen. Wir müssen genauer hinhören, um das leise Gedachte hinter dem laut Gesagtem zu spüren.

Wir haben nicht ein Leben lang gearbeitet oder uns um die Familie gekümmert, um jetzt Bittsteller zu sein. Wir wollen, dass unsere Kinder und Enkelkinder gute Jobs haben, von denen sie auch leben und mit denen sie planen können. Dafür brauchen wir endlich den gesetzlichen Mindestlohn.

Angela Merkel will an der Senkung des Rentenniveaus festhalten, das wollen wir verhindern. Die zynische ‚Leistungsrente‘, die nur knapp über dem Sozialhilfeniveau liegen soll, ist ein schwarz-gelbes Armutszeugnis. Die gesetzliche Rente ist die beste Grundlage, um Altersarmut heute und in Zukunft zu vermeiden.“

Für Rückfragen steht Ihnen NN unter der Telefonnummer 123 gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Maxi Muster

V.i.S.d.P.: Maxi Muster, SPD AG 60 plus, Mustergasse 12, 12345 Musterstadt



Rückmeldebogen bitte umgehend zurücksenden an:

Fax Nr. 030-25991-404 oder :
Email: 60plus@spd.de

SPD-Parteivorstand
Referat Arbeitsgemeinschaften, Themenforen & Sportpolitik
Wilhelmstraße 141

10963 Berlin

RÜCKMELDEBOGEN: „Gemeinsam sind wir stark“

Landesverband/Bezirk/Unterbezirk/Kreis

.....

Verantwortliche Ansprechpartner (Name, Vorname, Straße, PLZ, Ort:)

.....

Am 28. April 2013 führen wir eine Aktion/Veranstaltung durch:

Kurze Beschreibung:

.....
.....
.....

Veranstaltungsort:

.....

Wir haben folgende (Aktions-) Partner gewonnen:

.....

Mandatsträger beteiligen sich:

.....
.....
.....

ja nein

- | | | |
|---------------------------------------|-----------------------|-----------------------|
| Wir versenden eine Pressemitteilung | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| Wir laden zu einem Pressegespräch ein | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |
| Wir laden die Presse zur Aktion ein | <input type="radio"/> | <input type="radio"/> |

IMPRESSUM

Herausgeber:
Referat Arbeitsgemeinschaften,
Themenforen & Sportpolitik
E-Mail: 60plus@spd.de;
Homepage: <http://www.ag60plus.de>

Redaktion: Volker Edeling (verantwortlich);
Aktionsideen: 60 plus
Fotos: 60 plus, privat

Druck: braunschweig-druck GmbH,
Ernst-Böhme-Straße 20, 38112 Braunschweig

Bestellung:
SPD-Shop, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin,
Tel.: 030/25991-200, Fax: 030/25991-360,
E-Mail: vertrieb@spd.de;

Best.-Nr.: 3000513,
Preis 1,00 €.

SPD

AG

60plus

MATERIALIEN DER AG 60 PLUS



„GEMEINSAM SIND WIR STARK“
Aktionsleitfaden der AG 60 plus
Broschüre, A4, 36 Seiten
Bestell-Nr.: 3000513
Preis: 1,00 €



„DIE AG SPD 60 PLUS STELLT SICH VOR“
Selbstdarstellungs-Flyer,
DIN lang, 6 Seiten
Bestell-Nr.: 2607240
Preis: 0,05 €



„NEUE WEGE GEHEN. WOHNEN IM ALTER“
Flyer der AG 60,
DIN lang, 6 Seiten
Bestell-Nr.: 2607330
Preis: 0,05 €



STOFFTASCHE
„Gemeinsam sind wir stark“
SPD AG 60 plus
mit langen Henkeln
Bestell-Nr.: 4800180
Preis: 1,20 €

EINDRUCKPLAKAT
„AG 60plus“
Bestell-Nr.: 1100211
Preis: 0,50 €

UNSER JUBILÄUMSJAHR



FLYER
„Unser Jubiläumsjahr 2013“
A6, Hochformat, 8 S.
Bestell-Nr.: 9410536
Preis: 0,05 €



DVD
„Wenn Du was verändern willst ...“
Bestell-Nr.: 6300028
Preis: 19,90 €



AUFKLEBER
„150 Jahre“
120 x 80 mm
Bestell-Nr.: 4000033
Preis: 0,05 €

... UND VIELE WEITERE TOLLE ANGEBOTE!

Weitere Materialien unter:
www.spd-shop.de

Wir beraten euch gerne persönlich unter:
Tel.: 030/25991-200,
Fax: 030/25991-360,
E-Mail: vertrieb@spd.de